

**Kassel documenta Stadt  
Stadtverordnetenversammlung  
Ausschuss für Recht, Sicherheit,  
Integration und Gleichstellung**

Geschäftsstelle:  
Hauptamt  
Büro der  
Stadtverordnetenversammlung  
Sabine John  
sabine.john@kassel.de  
Telefon 0561 787 1226  
Fax 0561 787 2182

Rathaus  
Obere Königsstraße 8  
34117 Kassel  
W 224 a

Behördennummer 115  
Rechtshinweise  
zur elektronischen  
Kommunikation  
im Impressum unter  
www.kassel.de

34112 Kassel documenta Stadt

An die  
Mitglieder  
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration  
und Gleichstellung  
der Stadtverordnetenversammlung  
Kassel

**Kassel** documenta Stadt

14. Februar 2019  
1 von 2

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **27. öffentlichen Sitzung** des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung lade ich ein für

**Donnerstag, 21. Februar 2019, 17:00 Uhr,  
Lesezimmer, Rathaus, Kassel.**

**Tagesordnung:**

- 1. Wahl einer Schriftführerin**
- 2. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Beschulung und Betreuung im Ganztage der Grundschüler/innen aus Vellmar-West in der Schule Jungfernkopf**  
Vorlage des Magistrats  
Berichterstatter/in: Bürgermeisterin Ilona Friedrich  
- 101.18.1159 -  
(gleichzeitig im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung)
- 3. Sicherer Hafen Kassel**  
Antrag der Fraktion Kasseler Linke  
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Violetta Bock  
- 101.18.1165 -

- 4. Videoüberwachung in der Unteren Königsstraße**  
Antrag der CDU-Fraktion  
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann  
- 101.18.1185 -
  
- 5. Erkenntnisse aus der Katastrophenschutzübung 2018**  
Anfrage der CDU-Fraktion  
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann  
- 101.18.1186 -

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stefan Kortmann  
Vorsitzender

**Niederschrift**

über die 27. öffentliche Sitzung

**des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung**

**am Donnerstag, 21. Februar 2019, 17:00 Uhr**

im Lesezimmer, Rathaus, Kassel

1. März 2019

1 von 7

**Anwesende:**

**Mitglieder**

Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU

Stefan Kurt Markl, Mitglied, SPD

(Vertretung für Dr. Hasina Farouq)

Anja Möller, Mitglied, SPD

Norbert Sprafke, Mitglied, SPD

Petra Ullrich, Mitglied, SPD

Holger Augustin, Mitglied, CDU

Boris Mijatovic, Mitglied, B90/Grüne

(Vertretung für Dr. Andreas Jürgens)

Awet Tesfaiesus, Mitglied, B90/Grüne

Richard Klock, Mitglied, AfD

Michael Werl, Mitglied, AfD

Violetta Bock, Mitglied, Kasseler Linke

(Vertretung für Vera Katrin Kaufmann)

Volker Berkhout, Mitglied, Piraten

(Vertretung für Matthias Nölke)

**Teilnehmer mit beratender Stimme**

Dieter Pfeiffer, Vertreter des Seniorenbeirates

**Magistrat**

Dirk Stochla, Stadtrat, SPD

**Schriftführung**

Sabine John, Hauptamt - Büro der Stadtverordnetenversammlung

**Entschuldigt:**

Omar Dergui, Vertreter des Ausländerbeirates

Gerd Walter, Vertreter des Behindertenbeirates

**Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen**

Norbert Strauch, Bürgeramt

Gabriele Steinbach, Amt für Schule und Bildung

## Tagesordnung:

2 von 7

1. Wahl einer Schriftführerin
2. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Beschulung und Betreuung im Ganztage der Grundschüler/innen aus Vellmar-West in der Schule Jungfernkopf 101.18.1159
3. Sicherer Hafen Kassel 101.18.1165
4. Videoüberwachung in der Unteren Königsstraße 101.18.1185
5. Erkenntnisse aus der Katastrophenschutzübung 2018 101.18.1186

Vorsitzender Kortmann eröffnet die mit der Einladung vom 14. Februar 2019 ordnungsgemäß einberufene 27. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**Zur Tagesordnung**

Stadtverordneter Sprafke beantragt die Erweiterung der Tagesordnung um den als Tischvorlage vorliegenden gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. **Kassel ist und bleibt ein sicherer Hafen**, 101.18.1223.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel

(2/3-Mehrheit) bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: --

den

**Beschluss**

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der Tagesordnung um den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. **Kassel ist und bleibt ein sicherer Hafen**, 101.18.1223, wird **abgelehnt**.

Stadtverordneter Sprafke beantragt, wegen Sachzusammenhang auch den Tagesordnungspunkt 3 betr. Sicherer Hafen Kassel, 101.18.1165, von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei  
Zustimmung: SPD, B90/Grüne  
Ablehnung: CDU, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten  
Enthaltung: AfD  
den

### **Beschluss**

Dem Geschäftsordnungsantrag Tagesordnungspunkts 3 betr. Sicherer Hafen Kassel, 101.18.1165, von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, wird **zugestimmt**.

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Sicherer Hafen Kassel wird für die nächste Sitzung des Ausschusses vorgemerkt.

Vorsitzender Kortmann stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

### **1. Wahl einer Schriftführerin**

Vorsitzender Kortmann schlägt Frau Sabine John, Hauptamt, Büro der Stadtverordnetenversammlung, zur Wahl als Schriftführerin vor.  
Die Wahl wird per Handaufheben durchgeführt.

### **Wahlvorschlag**

Sabine John, Hauptamt

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung wählt einstimmig

**Frau Sabine John**  
zur Schriftführerin.

Frau John nimmt die Wahl an.

- 2. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Beschulung und Betreuung im Ganztage der Grundschüler/innen aus Vellmar-West in der Schule Jungfernkopf**  
Vorlage des Magistrats  
- 101.18.1159 -

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Kassel und dem Landkreis Kassel über die Beschulung und die Betreuung im Ganztage der Grundschüler/innen aus Vellmar-West in der Schule Jungfernkopf, Grundschule der Stadt Kassel, wird wie vorliegend abgeschlossen und ersetzt die bisherige öffentlich-rechtliche Vereinbarung aus dem Jahr 2005.“

Stadtrat Stochla beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei  
Zustimmung: einstimmig  
Ablehnung: --  
Enthaltung: AfD  
den

### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Beschulung und Betreuung im Ganztage der Grundschüler/innen aus Vellmar-West in der Schule Jungfernkopf, 101.18.1159, wird **zugestimmt**.

Berichterstatte/-in:                    Stadtverordneter Sprafke

- 3. Sicherer Hafen Kassel**  
Antrag der Fraktion Kasseler Linke  
- 101.18.1165 -

### **Abgesetzt**

#### 4. Videoüberwachung in der Unteren Königsstraße

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.18.1185 -

##### Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, im Bereich der Unteren Königsstraße unverzüglich eine Video-Überwachung zu installieren und einzuführen. Die Effektivität der Videoüberwachung hat sich in der Vergangenheit nicht nur an vielen anderen Orten erwiesen. Auch die erst vor wenigen Wochen erfolgte Überführung und Festnahme des Täters einer Messerstecherei in der Nordstadt mit Hilfe der Überwachungstechnik in einer RegioTram hat gezeigt, wie sinnvoll diese Technik bei der Bekämpfung und Aufklärung von Kriminalität ist. Angesichts dieser Tatsache und der immer wieder auftretenden Gewalt- und Schwerstkriminalität im Umfeld der Unteren Königsstraße und der Jägerstraße wird in diesem Bereich unverzüglich eine Videoüberwachung installiert und eingeführt. Ein weiteres Zuwarten bis die Baumaßnahmen in der Oberen Königsstraße abgeschlossen sind, verbietet sich an dieser Stelle.

Stadtverordneter Kortmann begründet den Antrag.

Stadtrat Stochla beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: CDU

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, AfD, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten

Enthaltung: --

den

##### Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Videoüberwachung in der Unteren Königsstraße, 101.18.1185, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Augustin

## 5. Erkenntnisse aus der Katastrophenschutzübung 2018

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.18.1186 -

### Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Erkenntnisse zieht der Magistrat aus der KatS-Übung 2018 der Stadt Kassel vom 20.10.2018?
2. Wie ist in diesem Zusammenhang der aktuelle Stand der Umsetzung des Bedarfs- und Entwicklungsplans der Feuerwehr Kassel aus dem Frühjahr 2017 zu bewerten?
3. Inwieweit ist der Magistrat bereit, die Aus- und Weiterbildung der Einsatzkräfte der Einheiten des Katastrophenschutzes weiter zu fördern?
4. Wann wird die nächste Einsatzübung in vergleichbarer Größe in Kassel durchgeführt?
5. Werden dabei dann alle Fachdienste des Katastrophenschutzes beteiligt?
6. Für wann ist die nächste Stabsübung geplant?
7. Welche Mittel, Ausrüstungen und Fahrzeuge für die Einheiten des Katastrophenschutzes sind im kommenden Jahr vom Land Hessen zu erwarten?
8. Wie ist konkret die Einweisung auf die neuen Geräte und Fahrzeuge geplant?
9. Wie wird die Ausbildung der einzelnen Einheiten des KatS in Kassel im Hinblick auf gemeinsame Einsätze koordiniert?
10. Wie viele Einsatzkräfte des KatS in Kassel verfügen über eine Vollausbildung entsprechend ihrer konkreten Verwendung?
11. Wie wird der Ausbildungsstand der Einheiten des KatS zwischen Großübungen überprüft?

Stadtverordneter Kortmann, CDU-Fraktion, begründet die Anfrage.

Stadtrat Stochla beantwortet die Anfrage und im Anschluss die Fragen der Ausschussmitglieder.

Die Antwort auf die Frage des Stadtverordneten Mijatovic zur Anzahl der Beteiligten an der Katastrophenschutzübung wird nachgereicht.



Nach Mitteilung von Stadtrat Stochla haben sich insgesamt 400 Personen an der Katastrophenschutzübung beteiligt, davon 260 übende Helfer, 60 Verletztendarsteller und weitere 80 Personen für Übungsleitung und -organisation. Weiterhin waren 80 Fahrzeuge im Einsatz.

**Nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.**

**Ende der Sitzung:** 17.41 Uhr

Stefan Kortmann  
Vorsitzender

Sabine John  
Schriftführerin

**Vorlage Nr. 101.18.1159**

15. Januar 2019  
1 von 2

## **Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Beschulung und Betreuung im Ganztage der Grundschüler/innen aus Vellmar-West in der Schule Jungfernkopf**

Berichtersteller/-in: Bürgermeisterin Ilona Friedrich

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Kassel und dem Landkreis Kassel über die Beschulung und die Betreuung im Ganztage der Grundschüler/innen aus Vellmar-West in der Schule Jungfernkopf, Grundschule der Stadt Kassel, wird wie vorliegend abgeschlossen und ersetzt die bisherige öffentlich-rechtliche Vereinbarung aus dem Jahr 2005.“

### **Begründung:**

Die Schule Jungfernkopf hat sich durch Beschluss der Gesamtkonferenz und der Schulkonferenz im März 2018 dafür ausgesprochen, einen Antrag auf Aufnahme in das Programm „Pakt für den Nachmittag“ zu stellen. Bevor die Schule in den Ganztage aufgenommen werden kann, sind bauliche Maßnahmen durchzuführen. Auf dem Gelände der Schule wird eine Einfeldturnhalle errichtet und der bisherige Gymnastikraum zu einer Mensa für den Ganztage umgebaut. Das derzeitige Bürgerhaus wird zu Betreuungsräumen für den Ganztage umgebaut. Die Kosten für dieses Projekt betragen voraussichtlich 2,9 Millionen Euro. Der Landkreis Kassel wird sich an den tatsächlichen und nachzuweisenden Kosten für den Neu- und Umbau auf der Grundlage der Schülerzahlen des Schuljahres 2019/20 mit circa 1,2 Millionen Euro beteiligen. Die Zahlung wird anteilig für die Jahre 2020 und 2021 fällig.

Der finanzielle Anteil der Stadt Kassel an dem Projekt wird voraussichtlich bei 1,7 Millionen Euro liegen. Die städtischen Kosten für die Umsetzung des Projektes wurden im Rahmen des kommunalen Investitionsprogrammes II (KIP II) angemeldet.

Die seit dem 28.10.2005 geltende alte öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Beschulung der Kinder aus Vellmar-West an der Schule Jungfernkopf wurde deshalb, in Absprache mit dem Landkreis Kassel, um den Punkt „Betreuung der Schüler/innen aus Vellmar-West im Ganztage“ erweitert und aktualisiert.

Der Landkreis Kassel übernimmt weiterhin für jede Schülerin und jeden Schüler mit Wohnsitz im Landkreis (Vellmar-West) den an der städtischen Schule Jungfernkopf entstandenen Aufwand je Schüler/in in voller Höhe. Die Beteiligung betrifft alle zur Verwaltung und Unterhaltung der Schule notwendigen Investitionskosten, einschließlich der Kosten für die Unterhaltung der Schule im Ganztags sowie den Sach- und Personalkostenanteil.

Im Schuljahr 2018/19 besuchen 101 Schüler/innen aus dem Landkreis und 185 Schüler/innen aus der Stadt Kassel die Schule Jungfernkopf.

Für das Schuljahr 2019/20 werden aufgrund der aktuellen Einschulungsprognose, die jährlich anhand der Geburtsdaten erstellt wird, voraussichtlich 36 Schüler/innen aus dem Grundschulbezirk in Kassel und 32 Schüler/innen aus Vellmar-West erwartet.

Der Magistrat hat die Vorlage in seiner Sitzung am 14. Januar 2019 beschlossen.

Christian Geselle  
Oberbürgermeister

# Öffentlich-rechtliche Vereinbarung

Zwischen

**der Stadt Kassel,**

vertreten durch den Magistrat, Obere Königsstraße 8, 34117 Kassel, im Folgenden Stadt genannt,

und

**dem Landkreis Kassel,**

vertreten durch den Kreisausschuss, Wilhelmshöher Allee 19a, 34117 Kassel, im Folgenden Kreis genannt,

wird gemäß § 140 Abs. 1 des Hessischen Schulgesetzes (HSchG) in der Fassung vom 01.08.2017, in Verbindung mit §§ 24 ff des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) vom 16.12.1969 (GVBl. 1, S. 307), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.03.2015 (GVBl. 229) und aufgrund der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel vom

und des Kreistages des Landkreises Kassel vom

folgende **öffentlich-rechtliche Vereinbarung** über die Beschulung und die Betreuung im Ganztage der Grundschüler/innen aus Vellmar-West in der Schule Jungfernkopf, Grundschule der Stadt Kassel, geschlossen:

## § 1

- (1) Träger der Schule Jungfernkopf (Grundschule) ist gemäß § 138 Abs.1 HSchG die Stadt Kassel.
- (2) Die Schülerinnen und Schüler aus Teilen von Vellmar-West werden seit dem Schuljahr 1972/73 in der Schule Jungfernkopf beschult. Die Stadt übernimmt die Aufgaben des Kreises als Schulträger für die Grundschüler und Grundschülerinnen aus dem Stadtteil Vellmar-West der Stadt Vellmar.
- (3) Die Beförderung der Schülerinnen und Schüler aus dem Kreis zu der Schule Jungfernkopf führt der Kreis durch und trägt die Kosten dafür.
- (4) Die Organisation der Beförderung der Schülerinnen und Schüler zwischen der Schule und anderen Orten mit lehrplanmäßigem Unterricht obliegt der Stadt.

## §2

- (1) Die Schule Jungfernkopf wird zur ganztägig arbeitenden Schule im Pakt für den Nachmittag ausgebaut. Hierzu ist der Bau einer Ein-Felder-Turnhalle, der Umbau der bisherigen runden Turnhalle in eine Mensa und die Sanierung eines ehemaligen Schulhauses, das zwischenzeitlich als Bürgerhaus genutzt wurde, für eine Nutzung zur Ganztagsbetreuung notwendig.

§ 1 Abs. 2 Satz 2 dieser Vereinbarung gilt entsprechend für die Aufgaben des Schulträgers bei der Durchführung von Ganztage an der Schule.

Der Ganztage am Standort der Schule Jungfernkopf soll in allen wählbaren Betreuungsmodulen laut der „Satzung Grundschulkind“ der Stadt Kassel für die Kinder aus Vellmar-West möglich sein.

- (2) Die Gesamtsumme für den Ausbau der Schule im Pakt für den Nachmittag beläuft sich voraussichtlich auf 2,9 Millionen Euro. An den tatsächlichen und nachzuweisenden Kosten für den Neu- und Umbau beteiligt sich der Kreis auf der Grundlage der aktuellen Schülerzahlen des Schuljahres 2019/20. Die Zahlung wird anteilig für die Jahre 2020 und 2021 fällig.

## §3

- (1) Der Kreis beteiligt sich an allen zur Verwaltung und Unterhaltung der Schule Jungfernkopf notwendigen Investitionskosten einschließlich der Kosten für die Unterhaltung der Schule im Ganztage sowie den Sach- und Personalkosten im Sinne der im Hessischen Schulgesetz festgelegten Kosten der äußeren Schulverwaltung und der Betreuungskosten im Ganztage, erweitert um einen pauschalen Verwaltungsgemeinkostenanteil, basierend auf den Empfehlungen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt). Der Gemeinkostenanteil beträgt 20 % der Personalkosten und wird entsprechend der Empfehlungen der KGSt angepasst.

Die Kostenbeteiligung des Kreises bemisst sich nach dem Verhältnis der Anzahl der Schülerinnen und Schüler aus der Stadt und des Kreises die die Schule Jungfernkopf besuchen.

Für die Abrechnung werden die Schülerzahlen der dem Abrechnungsjahr vorausgehenden amtlichen Schülerstatistik der allgemeinbildenden Schulen zugrunde gelegt. Die Abrechnung erfolgt nach Haushaltsjahren, nicht nach Schuljahren.

- (2) Der Kreis erstattet der Stadt die anteiligen Kosten gem. Abs. 1 jährlich bis zum 01.04. eines jeden Jahres. Ab dem zweiten Jahr nach Inkrafttreten dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zahlt der Kreis ohne Aufforderung bis zum 30.06 des jeweiligen Haushaltsjahres eine Abschlagszahlung von 60% des Vorvorjahresergebnisses.

- (3) Die Leistung von Gastschulbeiträgen nach dem Hessischen Schulgesetz für die Schüler und Schülerinnen aus dem Stadtteil Vellmar-West durch den Kreis ist mit den Zahlungen gemäß Abs. 1 abgegolten.
- (4) Bei zukünftigen Schulbaumaßnahmen, die über die Bauunterhaltung oder Funktionsverbesserungen hinausgehen, ist das Einvernehmen mit dem Kreis herzustellen.

#### §4

- (1) Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntgabe in Kraft und gilt bis zum 31.07.2043. Sie verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn sie nicht mit einer Kündigungsfrist von einem Jahr zum jeweiligen Schuljahresende gekündigt wird.
- (2) Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung ersetzt die seit dem 28.10.2005 geltende öffentlich-rechtliche Vereinbarung.
- (3) Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung kann aus wichtigem Grund gemäß § 27 Abs. 2 KGG gekündigt werden. Die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen und bedarf gemäß § 27 Abs. 2 KGG der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.
- (4) Wird die öffentlich-rechtliche Vereinbarung vor dem 31.07.2043 gekündigt oder einvernehmlich von den Beteiligten aufgehoben, so findet eine vermögensrechtliche Auseinandersetzung nach § 2 und 3 Abs. 1 statt. Sofern die Stadt das Gebäude in vollem Umfang selbst weiterhin nutzt, erstattet die Stadt dem Kreis den Anteil des Investitionskostenanteils nach § 2 und 3 Abs. 1, der auf die Restlaufzeit dieser Vereinbarung entfällt.
- (5) Endet die öffentlich-rechtliche Vereinbarung nach 2043, werden sich die Vertragsparteien über einen finanziellen Ausgleich der Investitionen oder eine weitere Nutzung oder Verwertung der Gebäude verständigen.
- (6) Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung bedarf gemäß § 26 Abs. 1 KGG i.V. m. § 140 Abs. 3 HSchG der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

§5

Die eventuelle Unwirksamkeit einer oder mehrerer Bestimmungen dieser Vereinbarung berührt die Gültigkeit der übrigen nicht. Die unwirksame Bestimmung soll durch eine wirksame Klausel ersetzt werden, die dem Wesensinhalt der unwirksamen Klausel am nächsten kommt.  
Dies gilt für das Vorliegen einer Regelungslücke entsprechend.

Kassel,

Landkreis Kassel  
Der Kreisausschuss

Uwe Schmidt  
Landrat

Andreas Siebert  
Erster Kreisbeigeordneter

Kassel

Stadt Kassel  
Der Magistrat

Christian Geselle  
Oberbürgermeister

Anne Janz  
Stadträtin

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

**KASSELER LINKE**

Rathaus, 34112 Kassel  
Telefon 0561 787 1266  
Telefax 0561 787 7130  
fraktion@Kasseler-Linke.de

Vorlage Nr. 101.18.1165

4. März 2019  
1 von 2

**Sicherer Hafen Kassel**

**Geänderter Antrag**

**zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Magistrat wird aufgefordert die Aufnahme von zusätzlichen Flüchtlingen in Kassel anzubieten.
2. **Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel fordert die Hessische Landesregierung dazu auf zum sicheren Hafen zu werden und als solches sowohl zusätzliche aus Seenot Gerettete aufzunehmen als auch von Abschiebungen abzusehen und dabei insbesondere die Urteile der Härtefallkommission zu beachten.**

**Begründung:**

Im Oktober hat sich die Stadtverordnetenversammlung mit der Seebrücke solidarisiert. Die Seebrücke setzt sich für die Bekämpfung der Fluchtursachen, die Seenotrettung und gegen die Kriminalisierung der Seenotretter ein.

Inzwischen haben zahlreiche Oberbürgermeister und Stadtverordnete ihre Stadt zum sicheren Hafen erklärt, so etwa u.a. Marburg, Osnabrück und Wiesbaden. In Bielefeld konnten so zehn unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die aus dem Mittelmeer gerettet wurden, eine neue Heimat finden.

Immer wieder kommt es vor, dass ein Schiff Menschen rettet, jedoch tagelang keinen Hafen findet, der bereit ist die Menschen aufzunehmen. Auch in 2019 mussten bereits 49 Menschen tagelang auf einem Schiff warten bis sie aufgenommen wurden. Erst durch Druck von unten und von zahlreichen Städten konnten sie schließlich anlegen. Kassel sollte in diesen Situationen ebenfalls aktiv werden und nicht wegsehen.



**Die Zahl der Abschiebungen, u.a. direkt aus der Schule oder dem Krankenhaus, ist letztes Jahr weiter angestiegen. In diesem Jahr etwa sollte eine hochschwangere Frau aus Marburg trotz ärztlich bescheinigter Reiseunfähigkeit, sowie ein seit über der Hälfte ihres Lebens in Deutschland lebendes Roma-Ehepaar aus dem Kosovo. Sie wurden gegen ärztlichen Rat abgeschoben.**

2 von 2

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Violetta Bock

gez. Lutz Getzschmann  
Fraktionsvorsitzender

Nachrichtlich Ursprungsantrag vom 17. Januar 2019

Im Oktober hat sich die Stadtverordnetenversammlung mit der Seebrücke solidarisiert. Die Seebrücke setzt sich für die Bekämpfung der Fluchtursachen, die Seenotrettung und gegen die Kriminalisierung der Seenotretter ein.

Inzwischen haben zahlreiche Oberbürgermeister und Stadtverordnete ihre Stadt zum sicheren Hafen erklärt, so etwa u.a. Marburg, Osnabrück und Wiesbaden. In Bielefeld konnten so zehn unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die aus dem Mittelmeer gerettet wurden, eine neue Heimat finden.

Immer wieder kommt es vor, dass ein Schiff Menschen rettet, jedoch tagelang keinen Hafen findet, der bereit ist die Menschen aufzunehmen. Auch in 2019 mussten bereits 49 Menschen tagelang auf einem Schiff warten bis sie aufgenommen wurden. Erst durch Druck von unten und von zahlreichen Städten konnten sie schließlich anlegen. Kassel sollte in diesen Situationen ebenfalls aktiv werden und nicht wegsehen.

**Vorlage Nr. 101.18.1185**

28. Januar 2019  
1 von 1

## **Videüberwachung in der Unteren Königsstraße**

### **Antrag**

### **zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, im Bereich der Unteren Königsstraße unverzüglich eine Video-Überwachung zu installieren und einzuführen. Die Effektivität der Videüberwachung hat sich in der Vergangenheit nicht nur an vielen anderen Orten erwiesen. Auch die erst vor wenigen Wochen erfolgte Überführung und Festnahme des Täters einer Messerstecherei in der Nordstadt mit Hilfe der Überwachungstechnik in einer RegioTram hat gezeigt, wie sinnvoll diese Technik bei der Bekämpfung und Aufklärung von Kriminalität ist. Angesichts dieser Tatsache und der immer wieder auftretenden Gewalt- und Schwerstkriminalität im Umfeld der Unteren Königsstraße und der Jägerstraße wird in diesem Bereich unverzüglich eine Videüberwachung installiert und eingeführt. Ein weiteres Zuwarten bis die Baumaßnahmen in der Oberen Königsstraße abgeschlossen sind, verbietet sich an dieser Stelle.

Berichtersteller/-in:                    Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Michael von Rügen  
Fraktionsvorsitzender

**Vorlage Nr. 101.18.1186**

28. Januar 2019  
1 von 2

## **Erkenntnisse aus der Katastrophenschutzübung 2018**

### **Anfrage**

#### **zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung**

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Erkenntnisse zieht der Magistrat aus der KatS-Übung 2018 der Stadt Kassel vom 20.10.2018?
2. Wie ist in diesem Zusammenhang der aktuelle Stand der Umsetzung des Bedarfs- und Entwicklungsplans der Feuerwehr Kassel aus dem Frühjahr 2017 zu bewerten?
3. Inwieweit ist der Magistrat bereit, die Aus- und Weiterbildung der Einsatzkräfte der Einheiten des Katastrophenschutzes weiter zu fördern?
4. Wann wird die nächste Einsatzübung in vergleichbarer Größe in Kassel durchgeführt?
5. Werden dabei dann alle Fachdienste des Katastrophenschutzes beteiligt?
6. Für wann ist die nächste Stabsübung geplant?
7. Welche Mittel, Ausrüstungen und Fahrzeuge für die Einheiten des Katastrophenschutzes sind im kommenden Jahr vom Land Hessen zu erwarten?
8. Wie ist konkret die Einweisung auf die neuen Geräte und Fahrzeuge geplant?
9. Wie wird die Ausbildung der einzelnen Einheiten des KatS in Kassel im Hinblick auf gemeinsame Einsätze koordiniert?

10. Wie viele Einsatzkräfte des KatS in Kassel verfügen über eine Vollausbildung entsprechend ihrer konkreten Verwendung? 2 von 2

11. Wie wird der Ausbildungsstand der Einheiten des KatS zwischen Großübungen überprüft?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Michael von Rügen  
Fraktionsvorsitzender

**Stadtverordneter Andreas Ernst**

**Vorlage Nr. 101.18.1223**

**Kassel ist und bleibt ein sicherer Hafen**

**Antrag**

**zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Kassel ist und bleibt ein sicherer Hafen für Geflüchtete. Nicht erst seit dem Jahr 2015 hat die Stadt Kassel alle Geflüchteten menschenwürdig untergebracht und setzt auch weiterhin mit vielfältigen Angeboten und guter Kooperation mit Unternehmen, Wohlfahrtsverbänden, Initiativen und Ehrenamtlichen alles daran, diese in der Stadt zu integrieren.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel ruft die Hessische Landesregierung und die Bundesregierung dazu auf, Hessen und Deutschland zum sicheren Hafen zu erklären und sich dafür einzusetzen, dass aus Seenot gerettete Menschen aufgenommen werden können.

Begründung:  
Erfolgt mündlich

Berichterstatter/-in:            Stadtverordneter Norbert Sprafke

Patrick Hartmann  
Fraktionsvorsitzender

Boris Mijatovic  
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne

Andreas Ernst  
Stadtverordneter